

Geplante Wirkstoffverschreibung

Appelle an die Politik: Pro-und-Kontra-Diskussion entbrannt.

WIEN – Um Pläne des Gesundheitsministeriums, wonach Ärzte ihren Patienten zukünftig nur mehr Wirkstoffe verschreiben sollen und die Apotheker dann frei wählen können, in welcher Form sie ihnen diese überlassen, ist eine Diskussion entbrannt. Nachdem die Österreichische Ärztekammer an die Politik appelliert hatte, keine Wirkstoffverschreibung einzuführen, sprachen sich die Österreichische Gesundheitskassa (ÖGK) und die Patienten- und Pflegeanwaltschaften Anfang Februar dafür aus.



„Österreich ist das letzte Land in der EU, das den Ärzten uneingeschränkt erlaubt, Medikamentenmarken und nicht die benötigten Wirkstoffe für die Behandlung der Patienten zu verschreiben“, hielten ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss und der Sprecher der Patienten- und Pflegeanwaltschaften, Gerald Bachinger, in einer gemeinsamen Presseerklärung fest. Wie in den Nachbarstaaten sollten die verschreibenden Ärzte auch hierzulande nicht mehr den Handelsnamen eines

Medikaments am Rezept anführen, sondern den benötigten Wirkstoffnamen nennen. Die Einwände der Pharmaindustrie und der Ärztekammer würden zur Verunsicherung und nicht zur Patientensicherheit beitragen, Letztere lasse sich „scheinbar vor den Karren der Pharma-Werbung spannen“, hieß es in der Presseaussendung.

„Wir dürfen mit den Beitragsgeldern der Sozialversicherer nicht den Gewinn für Markenhersteller maximieren, sondern wollen den medizinischen Fortschritt und die modernsten Medikamente für alle Menschen finanzieren. Das Geld ist hier besser investiert, deshalb müssen wir die verpflichtende Wirkstoffverschreibung jetzt endlich auch in Österreich realisieren“, forderte Huss. Von der Einführung einer Wirkstoffverschreibung – gepaart mit flankierenden Maßnahmen – erwartet sich die ÖGK ein Einsparpotenzial von jährlich rund 132 Mio. Euro bei Abgabe des günstigsten wirkstoffgleichen Generikums bzw. Biosimilars statt des verordneten Arzneimittels.

Huss: Generika seit Jahrzehnten „State of the Art“

Von der PHARMIG und der Ärztekammer ins Treffen geführte Sicherheitsbedenken wies Huss als unbegründet zurück, „da einerseits die Verordnung von Generika seit Jahrzehnten international „State of the Art“ ist und andererseits in medizinisch begründeten Einzelfällen Ausnahmen vorgehen sind“. Für Patientenanwalt Bachinger erhöht die Wirkstoffverschreibung sogar die Patientensicherheit, „weil die Verwechslungsgefahr bei Produkten minimiert wird“. Zusätzlich gebe es seit Jahren einen Beschluss des Beirats für Patientensicherheit mit der Forderung nach einer Wirkstoffverschreibung. In diesem Gremium sei auch die Ärztekammer vertreten.

„In den österreichischen Krankenhäusern wird seit Jahren nur noch mit Wirkstoffen gearbeitet“, gab Bachinger zu bedenken. Die jungen Ärzte seien daher auf eine Systemumstellung im niedergelassenen Bereich und in den Ordinationen vorbereitet.

Klar gegen eine Wirkstoffverschreibung war am Freitag der Österreichische Generikaverband (OeGV), ein Zusammenschluss von elf Generika-Produzenten, die sich laut Eigendefinition der optimalen Versorgung mit hochwertigen, preiswerten Arzneimitteln verschrieben haben. Zwar seien Generika nachweislich mit ihren Originalpräparaten austauschbar, eine Wirkstoffverschreibung hätte allerdings negative Auswirkungen auf die Therapietreue und die Arzneimittelversorgung. „Sie würde zulasten der Patientinnen und Patienten gehen und nur zweifelhafte Einsparungseffekte bringen“, sagte OeGV-Präsident Wolfgang Andiel in einer Medienmitteilung. [DT](#)

Quelle: www.medinlive.at

Bevorratung von Kaliumiodid-Tabletten für Privatpersonen nicht nötig

Gesundheitsministerium: Versorgung für Ernstfall sichergestellt.

WIEN – Aufgrund der aktuellen Berichterstattung sieht sich das Gesundheitsministerium veranlasst, auf einige wichtige Informationen im Zusammenhang und Umgang mit Kaliumiodid-Tabletten hinzuweisen:

Die Situation in der Ukraine erfordert aktuell keine Bevorratung an Kaliumiodid-Tabletten für Privatpersonen in Österreich, da bei einem Kernkraftwerksunfall im Zuge der Kriegshandlungen in der Ukraine wegen der großen Entfernung keine Notwendigkeit besteht, in Österreich Kaliumiodid-Tabletten einzunehmen.

Selbst bei einem schweren grenznahen Reaktorunfall in Österreich bestünde aller Voraussicht nach keine Notwendigkeit, im ganzen Land Kaliumiodid-Tabletten einzunehmen. Eine Einnahme würde selbst in grenznahen Fällen nur in den am stärksten betroffenen Gebieten erforderlich sein. In einem solchen Fall geben die Gesundheitsbehörden bekannt, welche Personen Kaliumiodid-Tabletten einnehmen sollen und in welchen Regionen eine Einnahme notwendig ist.

Für Bürger besteht daher aktuell keine Notwendigkeit, Kaliumiodid-Tabletten auf dem freien Markt einzukaufen. In Österreich stehen für den Ernstfall ausreichend Tabletten zur unmittelbaren Verfügung.

Vorsicht geboten

Zudem gilt: Kaliumiodid-Tabletten dürfen nur nach ausdrücklicher Aufforderung durch die Gesundheitsbehörden eingenommen werden. Die wichtigsten Zielgruppen dabei sind unter 18-Jährige, Schwangere und Stillende. Personen über 40 Jahre sollten Kaliumiodid-Tabletten nicht mehr einnehmen, da ihr Risiko, an strahlenbedingtem Schilddrüsenkrebs zu erkranken, sehr gering, das Risiko von schweren Nebenwirkungen durch die Iod-Zufuhr aber hoch ist.

Das Bundesministerium für Gesundheit beschafft aus Vorsorgegründen bereits seit Anfang der 1990er-Jahre Kaliumiodid-Tabletten für die Bevölkerung. Um eine rechtzeitige Einnahme der Tabletten zu ermöglichen, wurde ein vorausschauendes Bevorratungskonzept erstellt. Zusätzlich stehen in Österreich dezentrale Lager zur Verfügung, in denen ausreichend Kaliumiodid-Tabletten für die Bevölkerung vorhanden sind, sollten diese im Notfall benötigt werden. Das Gesundheitsministerium weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, in diesem Zusammenhang nur anhand der Aufforderungen der Gesundheitsbehörden zu handeln und keine eigenständigen Schritte zu setzen. [DT](#)

Quelle: Sozialministerium/OTS

Composi-Tight® 3D Fusion™ Sectional Matrix System

Das neue und verbesserte Teilmatrizensystem für alle Klasse II Kavitäten



FX-KFF-00
Preis € 473,00*



FX-KFF-00 Starter Set

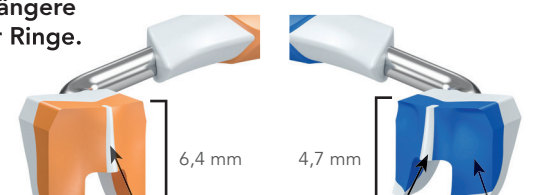
- 1x Composit-Tight® 3D Fusion™ Ring kurz blau,
- 1x Composit-Tight® 3D Fusion™ Ring lang orange,
- 1x Composit-Tight® 3D Fusion™ Ring breit grün,
- 80x Composit-Tight® 3D Fusion™ Keile, 4 Größen (je 20x FXYL, FXBL, FXOR, FXGR)
- 70x Composit-Tight® 3D Fusion™ Matrizenbänder, 5 Größen (je 20x FX100, FX175, FX200; je 5x FX150, FX300)
- 1x verbesserte Ringseparierzange aus geschmiedetem Edelstahl

Testen ohne Risiko mit der 60-Tage-Geld-zurück-Garantie!

Das haben wir verbessert:

NEUES

Herstellungsverfahren sorgt für eine längere Haltbarkeit der Ringe.

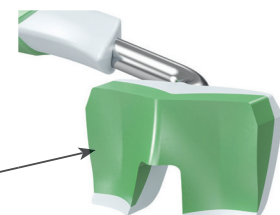


Ultra-Grip™ Retentionsspitzen verhindern ein Abrutschen aller Composit-Tight® 3D Fusion™ Ringe.

Harter Kunststoffkern separiert die Zähne approximal.

Weiches Soft-Face™ Silikon für perfekte Adaption der Matrize an den Zahn.

Erster Ring mit extra breiten Füßen für weite Kavitäten.



Composit-Tight 3D Fusion Ring Set Art.Nr. FXR01 (3 Stück/Pack)
Preis: € 294,00* je Pack

Garrison
Dental Solutions

Rufen Sie uns an:
0800 00 64 90

Tel.: +49 2451 971 409 • info@garrisondental.net • www.garrisondental.com

THE LEADER IN MATRIX SYSTEMS

*Alle Preise sind unverbindliche Preisempfehlungen © 2022 Garrison Dental Solutions, LLC zzgl. MwSt. Es gelten unsere AGB.

ADAT322 DT